

**ONLINE-PUBLIKATION**

Mónica Baltodano

# **Zwei Jahre nach dem Aprilaufstand in Nicaragua**

**Hintergrund und Perspektiven**

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

MÓNICA BALDODANO MARCENARO war Kommandantin der sandinistischen Guerilla, wendete sich aber 2005 von Daniel Ortega und der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) ab. Sie war von 2007 bis 2011 Abgeordnete für die Bewegung zur Rettung des Sandinismus (MRS) und ist Leiterin von Popol Na, einer 2018 verbotenen Partnerorganisation der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie äußert sich immer wieder öffentlich gegen das Regime und wurde mehrfach bedroht.

#### IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 11/2020

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Juni 2020

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

## **INHALT**

Oppositionsjahre (1990–2006)	4
Strategie an der Macht (2007–2020)	5
Repression als Markenzeichen des Ortega-Regimes	6
Vom Ausbruch der Proteste zum Aufstand	6
Der Nationale Dialog: Zum Scheitern verurteilt	7
Die Zerschlagung des Aufstandes	7
Die Akteure von April 2018 bis heute	8
Der Sandinismus und Nicaraguas Linke	10
Schlussbemerkung	11
Literatur	12

MÓNICA BALTODANO

# ZWEI JAHRE NACH DEM APRILAUFSRAND IN NICARAGUA

## HINTERGRUND UND PERSPEKTIVEN

Im Jahr 1979 siegte in Nicaragua die Sandinistische Volksrevolution. Sie war das Produkt einer breiten politisch-sozialen und bewaffneten Bewegung, in der viele unterschiedliche Kämpfe der Bevölkerung und spezifische Forderungen zusammenkamen. Sie richtete sich gegen die Diktatur des Somoza-Clans, der die nicaraguanische Bevölkerung 40 Jahre lang unterdrückt hatte. Die Avantgarde der Bewegung war die Guerilla-Organisation Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN). Ihr wichtigster Gründer, Ideologe und Stratege, Carlos Fonseca, fiel 1976 bei einem Gefecht in den Bergen.

Die Revolution mit ihren Forderungen nach einer gemischten Wirtschaft, politischem Pluralismus und Blockfreiheit inspirierte und spornte die Völker der Welt an, die ebenfalls für ihre Befreiung und soziale Emanzipation kämpften. Sie wurde jedoch umgehend von der US-Regierung unter Ronald Reagan angegriffen. Im sogenannten Contra-Krieg kämpfte die FSLN zwischen 1981 und 1990 gegen eine konterrevolutionäre Armee von 17.000 Soldaten, finanziert und bewaffnet von den USA.

Nachdem er das Land bereits seit 1979 als Kopf der sandinistischen Übergangsregierung (Junta de Gobierno de Reconstrucción Nacional) regiert hatte, gewann Daniel Ortega die Wahlen von 1984 als Kandidat der inzwischen als Partei konstituierten FSLN und übernahm das Amt des Präsidenten der Republik. Bei den folgenden allgemeinen Wahlen im Jahr 1990 verlor die FSLN, die erneut mit Daniel Ortega als Kandidat angetreten war, und wurde aus der Regierung gedrängt.

## OPPOSITIONSJAHRE (1990–2006)

Nach der Wahlniederlage von 1990 regierte Ortega «von unten». Er behielt die engen Bindungen mit den militärischen Einrichtungen bei, kontrollierte die Volksorganisationen, eignete sich die Symbole der Sandinistischen Revolution an und etablierte ein auf seine Person zugeschnittenes Image innerhalb der aktiven Parteibasis. Politische Bildung wurde durch providenzielle und religiöse Anschauungen ersetzt. Gleichzeitig baute Ortega seine Kontrolle über die FSLN aus, um sie für sich als politisches Instrument zu benutzen. Die FSLN verlor nach und nach ihre originären inhaltlichen Bezüge, bis nur noch ihr Name übrigblieb. Über die FSLN konnte er finanzielle Mittel erhalten, die auch dazu benutzt wurden, (teils bewaffnete) Schlägertrupps für alle möglichen verdeckten Operationen als Druckmittel aufzubauen.

Parallel dazu führte die in der Sandinistischen Revolution organisierte Volksbewegung zwischen 1990 und 1996 Rebellionen an, die das komplette Land mehrmals stilllegten. Es war der Versuch, die revolutionären sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Regelmäßig tauchte Ortega auf und leitete diese Aufstände von unten an. Später erst wurde deutlich, dass diese Proteste stets in Verhandlungen endeten, in denen Ortega Vorteile und Sicherheiten für sich und seinen engsten Kreis erzielte, anstatt die Ideale der Revolution zu bewahren.

Als die Bevölkerung dieser Dynamik schon müde war, übte Ortega bereits eine straffe Kontrolle über den Parteiapparat aus und ging zur Strategie des Paktierens über. Auf diese Weise reformierten er und Arnaldo Alemán, damaliger Präsident der Republik und die Führungsfigur der Liberalen Verfassungspartei (PLC), im Jahr 2000 die Verfassung. Sie teilten alle Staatsgewalten unter sich auf. Die Verfassungsreform beinhaltete unter anderem die Garantie der Immunität und die Kontinuität der politischen Einflussnahme des scheidenden Präsidenten: Ihm wurde automatisch ein Abgeordnetenmandat in der folgenden Legislaturperiode zugewiesen. Zudem sah die Reform eine Senkung der Prozentzahl der notwendigen Stimmen für die Wahl zum Präsidenten im ersten Wahlgang auf 40 bzw. nur 35 Prozent vor, sollte der führende Kandidat mit mindestens fünf Prozent der Stimmen vor dem Zweitplatzierten liegen.

Ortega erhöhte mit dieser Verfassungsänderung die Wahrscheinlichkeit, die kommenden Wahlen für sich zu entscheiden. Im Gegenzug versprach er «Regierungsfähigkeit» und spätere Straffreiheit für die offene Korruption Alemáns.<sup>1</sup> Auf diese Weise wurde der soziale Protest kaltgestellt. Die Politik der freien Marktwirtschaft und der Privatisierungen konnte sich ohne Widerstand entfalten (Baltodano 2009; 2014).

---

<sup>1</sup> Der Global Corruption Report 2004 von Transparency International wies Alemán als einen der weltweit zehn korruptesten Regierungschefs aus (Transparency International 2004: 7).

Zu Beginn des Wahlkampfes 2006 war von den revolutionären Postulaten und der sozialen Bewegung so gut wie nichts mehr übrig. Während die Linke in Lateinamerika die (Gesamt-)Amerikanische Freihandelszone (ALCA) ablehnte, stimmte die FSLN in Nicaragua für den Freihandelsvertrag der USA mit Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (DR-CAFTA) und für Privatisierungen. Außerdem festigte die Partei ihr Bündnis mit der von Kardinal Miguel Obando angeführten Führungsriege der Kirche, indem sie für die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches aus therapeutischen Gründen stimmte.<sup>2</sup>

## STRATEGIE AN DER MACHT (2007–2020)

Weit davon entfernt, eine gesellschaftliche Mehrheit hinter sich zu haben, gewann Ortega die Präsidentschaftswahl 2006 mit nur 37,8 Prozent der Stimmen. Einmal im Präsidentenamt konzentrierte er sich auf folgende Punkte:

*Die Kontrolle über die Militär- und Repressionsapparate.* Ortega machte sich die Polizei gefügig und baute seine eigene Geheimdienststruktur gegen die Opposition auf. Dabei griff er früh auf Schlägertrupps zurück. Auch den Chef des Militärs General Avilés machte er sich zum Verbündeten. Dessen Treue belohnte er, indem er ihn 2015 für weitere fünf Jahre als Armeechef bestätigte (Cajina 2018) und an ihm gegen alle Gepflogenheiten für eine dritte Amtsperiode ab Februar 2020 festhielt.

*Das Bündnis mit dem Großkapital* artikulierte sich vor allem in der Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Privatwirtschaft (COSEP). Mit diesem wurde sich auf mehr als hundert Gesetze «geeignet», die die Geld-, Steuer-, Kredit- und Lohnpolitik sowie den Staatshaushalt festlegten. Zugleich wurde die makroökonomische Politik den Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) untergeordnet (Feinberg/Miranda 2019). Das unternehmerische Regierungsmodell fand seinen Niederschlag in der Verfassungsreform von 2014, die nur mit den Stimmen der FSLN verabschiedet wurde. Das vom COSEP repräsentierte Großunternehmertum hat seitdem das Recht, «sich an der Ausarbeitung, Durchführung und Kontrolle der Wirtschaftspläne mittels des vom Staat geförderten Dialog-, Bündnis- und Konsensmodells zu beteiligen» (Aguilar 2014). Dieses Modell erlaubt den Großunternehmer\*innen, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen und von zahllosen Wirtschaftsinitiativen, Steuerreformen, vorteilhaften Konzessionen sowie Regulierungen im Bereich öffentliches Auftragswesen, Wettbewerbs- und Investitionsrecht und internationaler Handel zu profitieren (Feinberg/Miranda 2019).

*Stärkung des Pakts mit Kardinal Obando.* Dem Kardinal wurde der Rang eines Regierungsmitglieds verliehen. Außerdem sicherte die Regierung den Verbleib von Obandos Schützling Roberto Rivas im Amt des Präsidenten der Obersten Wahlbehörde (CSE).<sup>3</sup> Gleichzeitig wurde mithilfe des Bildungssystems der konfessionelle Charakter des Staates gestärkt, obwohl dieser laut Verfassung säkular ist.

*Opportunistische Beziehungen mit Venezuelas Präsident Hugo Chávez* brachten Ortega jährlich durchschnittlich 500 Millionen US-Dollar ein. Das Geld investierte er in assistentialistische und klientelistische Programme (Jarquín 2016). Die Veruntreuung von öffentlichen Mitteln für private Zwecke am Staatshaushalt vorbei konsolidierte auch die persönlichen Geschäfte von Ortega und seinen Vertrauten.

*Gute Beziehungen mit den USA.* Trotz des antiimperialistischen Diskurses regiert Ortega in Eintracht mit dem Großkapital nach den Leitlinien des Washington-Konsens. Insbesondere bei den Themen Migration und Sicherheit entwickelte die Regierung beste Beziehungen zu den USA.

*Kontrolle der Medien.* Unter Nutzung erheblicher Ressourcen und mithilfe der Sendelizenzen kontrolliert Ortega acht der neun öffentlichen Fernsehkanäle. Einige (die Kanäle 4, 8, 13, 22) befinden sich direkt im Besitz der Ortega-Familie und werden von Ortegas Söhnen und Töchtern geleitet (Romero 2017a; Alnavío 2018).

*Kontrolle des Staates.* Einmal an der Regierung sicherte sich Ortega die Kontrolle über alle Staatsgewalten und die autonomen Regionen. Weil ihm der Oberste Gerichtshof (CSJ) untersteht, gelang es ihm 2011, dass diese Institution zwei explizite Wiederwahlverbote für verfassungswidrig erklärte (Treminio 2015). Ebenso veranlasste er die politische Verstetigung in allen Instanzen. Die Autonomie der Kommunen wurde durch die automatische Wiederwahl von Bürgermeister\*innen und Gemeinderät\*innen abgeschafft. Auch die Souveränität der autonomen Regionen an der Karibikküste wurde durch parallele Territorialregierungen beschnitten (Prado 2017; Noticias de Bluefields 2019). Bald gab es keine unabhängige Justiz mehr. Die Mitglieder des Verfassungsgerichts, Richter\*innen und die Generalstaatsanwaltschaft befolgen Ortegas Anordnungen (Icaza 2016). Neu zu wählende Universitätsrektor\*innen werden unter den Ortega nahestehenden Kandidat\*innen ausge-

<sup>2</sup> Für mehr Informationen über die schwerwiegenden Auswirkungen des absoluten Verbotes des therapeutischen Schwangerschaftsabbruches für die Frauen in Nicaragua siehe Amnesty International (2009).

<sup>3</sup> Am 29. August 2005 war Roberto Rivas (zum zweiten Mal) mithilfe der FSLN-Stimmen als Präsident der Obersten Wahlbehörde wiedergewählt, obwohl er in einen bekannten Korruptionsfall («Coprossa-Affäre») verwickelt ist. Die Ermittlungen wurden letztendlich eingestellt, weil Ortega in der Justiz intervenierte (Medina 2018).

sucht. Die regierungsnahen Studentenorganisationen dienen dazu, die Gründung kritischer und selbständiger Bewegungen zu unterdrücken (Villavicencio 2018).

Durch die *Kontrolle über den Wahlapparat* konnte Ortega ihm missliebige Parteien auf illegale Art und Weise vom Wahlprozess fernhalten und kontinuierlichen Wahlbetrug praktizieren (Peraza 2016). So reichen die Stimmen der FSLN aus, um die Verfassung zu ändern, Ämter in Institutionen der anderen Staatsgewalten zu besetzen, verfassungswidrig Abgeordnete abzusetzen oder um sogar die gesamte Opposition aus dem Parlament zu werfen und vom Wahlprozess auszuschließen – wie es 2016 geschehen ist (Cerdea 2016).

## REPRESSION ALS MARKENZEICHEN DES ORTEGA-REGIMES

Dem Aufstand im April 2018 gingen Proteste gegen einen Großbrand im Naturschutzgebiet Indio Maíz voraus (Onda Local 2018). Die damit zusammenhängende staatliche Repression ist Teil einer Regierungspraxis, die Ortega seit seiner Rückkehr ins Präsidentenamt 2006 verfolgt. So werden vor allem soziale Mobilisierungen, wie beispielsweise die bäuerliche Bewegung gegen das interozeanische Kanalprojekt und Protestierende gegen den Bergbau, mithilfe von Schlägertrupps und der Polizei niedergeschlagen. Das Ergebnis sind Tote und Verletzte, die Kriminalisierung von Protestierenden und Massenverhaftungen. Zu den markantesten Repressionsmaßnahmen in den vergangenen Jahren zählen:

- die Unterdrückung der Proteste gegen den Betrug bei den Kommunalwahlen 2008 (El País 2008);
- politische Morde in der Siedlung El Carrizo (drei Tote und drei Verwundete) im Zusammenhang mit Protesten gegen den Wahlbetrug bei den Nationalwahlen 2011 (Medina 2011);
- Angriffe paramilitärischer Gruppen auf die Jugendbewegung #OcupaNSS, die sich in Opposition zur Rentenpolitik der Regierung gegründet hatte (Miranda Aburto 2017);
- Repressionen (ein Toter, mehrere Verletzte) gegen die Zuckerrohrarbeiter\*innen, die gegen das Outsourcing (Yahoo 2014) und später gegen die Auswirkungen der Pestizide protestierten (50 verurteilte Gefangene) (Desinformémonos 2015);
- die Verfolgung von Arbeiter\*innen des Bergwerks El Limón (23 teils vor Gericht gestellte Verhaftete) (La Prensa 2015);
- Folterungen und Morde in Ciudad Antigua nach Protesten gegen den Wahlbetrug während der Nationalwahlen 2016 (Cruz 2016);
- die Strafverfolgung von Arbeiter\*innen der Wirtschaftsfreizonen (acht Verurteilte) (Equipo Regional de Monitoreo y Análisis de Derechos Humanos en Centroamérica 2017).

Darüber hinaus werden schon seit Jahren Verbrechen gegen die indigene Bevölkerung der Autonomen Region nördliche Karibikküste (RACCN) gemeldet. Dort besetzen bewaffnete Siedler\*innen Land, das in der Regel in Schutzgebieten mit Waldvorkommen und umfangreichen Naturschätzen liegt. Die Siedler\*innen vertreiben die dort lebenden indigenen Bewohner\*innen gewaltsam, ohne dass der Staat schützend eingreift (Rivera 2016; Confidencial 2019b).

Außerdem wurden dem Wahlbetrug überdrüssige Anführer\*innen aufständischer kleinbäuerlicher Gruppen, die als «kriminell» bezeichnet werden, außergerichtlich hingerichtet. Zwischen 2011 und Ende 2017 gab es mindestens 15 gewaltsame Zusammenstöße, bei denen 22 Anführer\*innen organisierter Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ums Leben kamen (Cajina 2016). Hinzu kommen die Morde in La Cruz del Río Grande: In dieser bäuerlich geprägten Gegend richtete das Militär im November 2017 sechs Personen hin, darunter einen zwölfjährigen Jungen und ein 16-jähriges Mädchen (Romero 2017b). Seit April 2018 ist die Zahl der ermordeten Anführer\*innen organisierter Kleinbäuerinnen und Kleinbauern exponentiell angestiegen. Zu diesen Morden gibt es bisher weder Ermittlungen noch Gerichtsverfahren (Confidencial 2019a).

## VOM AUSBRUCH DER PROTESTE ZUM AUFSTAND

Die Tatenlosigkeit der Regierung angesichts des Brandes im Naturschutzgebiet Indio Maíz, der über Wochen in einem der wichtigsten Schutzgebiete des Landes wütete und erst durch einsetzenden Regen gelöscht wurde, und die Reform der nicaraguanischen Sozialversicherung, die verschiedenen Empfehlungen des IWF folgte (GIEI 2018), verursachten allgemeine Empörung im Land. Es gab kleinere Demonstrationen, gegen die die Schlägertrupps der Regierung am 18. April 2018 brutal vorgingen (ebd.; Córdoba 2018). Im Gegensatz zu vergangenen Repressionen reagierten diesmal die Bürger\*innen auf die staatliche Gewalt. Am nächsten Tag vervielfachten sich die Proteste, ohne dass eine Organisation dazu aufgerufen hätte. Dabei ließen erste Demonstrant\*innen ihr Leben.

Am 20. April erhob sich das ganze Land und Student\*innen besetzten die Universitäten. An diesem Tag starben 25 vor allem junge Menschen. Am 21. April gab es 15 Tote, am 22. April elf. Alle starben durch die Kugeln von Scharfschützen, die stets auf Brust und Kopf zielten (Miranda Aburto 2018). Tag für Tag ging die Repression weiter. Daraufhin errichtete die Bevölkerung spontan Straßensperren (*tranques*)<sup>4</sup> und Barrikaden zur Selbstverteidigung. Die Forderungen der «selbstorganisierten»<sup>5</sup> Bevölkerung weiteten sich aus. Dazu gehörte bereits der Ruf nach dem sofortigen Rücktritt des Regierungschefs.

Ortega sah sich gezwungen, die Reform der Sozialversicherung zurückzunehmen und Verhandlungen unter Vermittlung der Bischofskonferenz zuzustimmen. Die Protestierenden schlossen sich zur Bürgerallianz für Gerechtigkeit und Demokratie (ACJD) zusammen. Dazu weiter unten mehr. Die erste Phase eines improvisierten Nationalen Dialogs begann am 16. Mai, nachdem die Regierung die Präsenz der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) im Land akzeptiert hatte. Aber selbst während der Verhandlungen kam es zu weiteren Verhaftungen und die Auftragsmörder Ortegas erschossen weiterhin protestierende Zivillist\*innen.

## DER NATIONALE DIALOG: ZUM SCHEITERN VERURTEILT

Bei der Eröffnung der Gespräche am 16. Mai 2018 forderten Student\*innen Ortega direkt zum Rücktritt auf. Diese Forderung war nicht nur moralisch unumgänglich, sondern auch legitim – wurde sie zu diesem Zeitpunkt doch von mehr als 70 Prozent der Nicaraguaner\*innen geteilt (Fonesca 2018). Die Bürgerallianz verlangte von der Regierung, nicht weiter auf die Bevölkerung zu schießen, die Verhafteten freizulassen und über die Demokratisierung des Landes zu verhandeln. Dagegen machte die Regierung einen Stopp der Proteste und die Rückkehr der Menschen in ihre Häuser zur Vorbedingung für jegliche inhaltliche Diskussion. Die erste Phase scheiterte aufgrund der verhärteten Fronten. Am 24. Mai wurde der Dialog suspendiert.

So kam es am 30. Mai in Managua zur größten Kundgebung, die es in Zentralamerika jemals gegeben hat. Die alle Bürger\*innen einende Parole lautete «Sie müssen weg!» und bezog sich auf Ortega, seine Frau und Vizepräsidentin Rosario Murillo sowie das gesamte Regime. Die Polizei und Paramilitärs schossen auf die Demonstrant\*innen, 19 Menschen starben, Dutzende wurden verletzt und verhaftet.

In einem ersten Bericht zählte die Interdisziplinäre Gruppe Unabhängiger Expert\*innen (GIEI) der CIDH bis zum 30. Mai 2018 insgesamt 109 Tote, 1.400 Verletzte und 190 Verhaftete. Letztere wurden kahlgeschoren, gefoltert, Männer und Frauen wurden vergewaltigt (GIEI 2018). Ortega beschuldigte die Aufständischen des versuchten Staatsstreichs und warf ihnen Verbindungen zum US-amerikanischen Geheimdienst CIA vor. Dabei negierte er das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte und die Menschenrechtsverletzungen an den politischen Gefangenen, die jedes Regierungsoberhaupt mit einem Mindestmaß an Ethik zum Rücktritt gezwungen hätten.

## DIE ZERSCHLAGUNG DES AUFSTANDES

Zu Beginn des Monats Juni war das ganze Land lahmgelegt. Es befand sich unter der direkten Kontrolle der über Barrikaden und *tranques* hinweg vernetzten Massen. Ortegas Macht löste sich angesichts der Geschlossenheit der Bevölkerung für einen Moment auf. Die Polizei- und Unterdrückungsapparate waren handlungsunfähig und so kontrollierte die mobilisierte Bevölkerung große Teile des öffentlichen Raums. Bei ihren Demonstrationen rissen die Menschen die Symbole der Macht nieder. Die selbstorganisierten Massen tauchten das Land in Blau und Weiß, die Farben der Nationalflagge. Das aufständische Nicaragua lebte mit flachen Hierarchien, die die sozialen Bewegungen zuvor proklamiert hatten. Es gab keine Parteien, Vorgesetzte oder gar Anführer\*innen, die der Bewegung die Richtung vorgaben.

Doch die Staatsgewalt kehrte in all ihrer Härte zurück. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass Ortega, weit davon entfernt, sich ernsthaft auf die Gespräche mit der Opposition einzulassen, den Nationalen Dialog dazu genutzt hatte, um Zeit zu gewinnen und sich neu aufzustellen. Während die Erwartungen der Bevölkerung durch die Verhandlungen aufrechterhalten worden waren, waren hinter den Kulissen die Schlägertrupps mit Gewehren und Kriegsausrüstung ausgestattet worden. Die auf die Suspendierung des Nationalen Dialogs folgende

4 *Tranque* bezeichnet eine «Barriere». Im Kontext der Proteste sind Straßensperren aus unterschiedlichen Materialien gemeint. Mit den Sperren sollte der Verkehr teilweise oder vollständig zum Erliegen gebracht werden.

5 Die ersten Bürger\*innen, die auf die Straße gingen, bezeichneten sich als *autoconvocados* (dt. selbsteinberufen), denn sie gehörten keiner Partei oder politischen Struktur an. Über soziale Medien riefen sie zum Protest auf. Anfangs waren die «Selbsteinberufenen» (im Text als «Selbstorganisierte» übersetzt; Anm. d. Ü.) vor allem Studierende. Später schlossen sich Menschen aus allen Gesellschaftsgruppen an, von jungen Leuten ohne Bildung über Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bis hin zur allgemeinen Landbevölkerung.

Repression ging weit über die bisherige Unterdrückung, die Zerschlagung der Kundgebung am 30. Mai miteingeschlossen, hinaus. Zusammen mit der Polizei attackierten die Schlägertrupps eine Barrikade nach der anderen. Es gab Hunderte Tote.

Nachdem die Rebellion niedergeschlagen war, zählte die Nicaraguanische Vereinigung für Menschenrechte (ANPDH) im September 2018 mehr als 500 Tote (EFE 2018). Die CIDH dokumentierte ihrerseits mindestens 328 Todesopfer, darunter 24 Kinder und Jugendliche. Mehr als 800 wurden verhaftet und wegen Terrorismus angeklagt. Mehr als 90.000 Nicaraguaner\*innen flohen ins Exil, um der Repression zu entkommen. Unter ihnen befinden sich 90 Journalist\*innen und Mitarbeiter\*innen unabhängiger Medien, 400 Fachkräfte aus dem Gesundheitssektor, die entlassen wurden, sowie 144 Studentenführer\*innen, die von öffentlichen Universitäten ausgeschlossen wurden und deren akademische Unterlagen verschwanden (MESENI 2019).

Trotz der Repressionen mobilisierten weiterhin Tausende Bürger\*innen auf den Straßen zu Demonstrationen und Blockaden. Im September 2018 verbot die Polizei deshalb jegliche Art von Demonstration oder Protest (Romero 2018). Das stand in offenem Widerspruch zur Verfassung, die das Versammlungs- und Demonstrationsrecht schützt. Die Regierung begann, jeden öffentlichen Protest als terroristische Handlung anzusehen und mit einem Großeinsatz zu unterdrücken: Aufrufe zu Protestmärschen und Blockaden, das Entrollen und Zeigen der Nationalflagge an einem öffentlichen Ort, das Werfen von blauem und weißem Konfetti in den Stadtvierteln oder das Aufsteigenlassen von Luftballons in den Nationalfarben: Alles ist verboten, alles wird verfolgt.

In einem weiteren Schritt verbot das Ortega-Regime im Dezember 2018 im Schnellverfahren neun Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die in den Bereichen Menschenrechte, Umwelt und Politik arbeiteten. Die Büros der Organisationen wurden militärisch besetzt (Salazar 2018). Gleichzeitig ließ die Regierung den offenen Fernsehkanal «100% Noticias» sowie alle Räumlichkeiten der Wochenzeitschrift *Confidencial* besetzen und beschlagnahmte die Druckertinten- und Papiervorräte der Tageszeitung *La Prensa* für 18 Monate (Despacho 505 2019; Manetto 2018). Jedes Mal wurde das Vorgehen damit begründet, die Mitarbeiter\*innen der verbotenen Organisationen seien Putschist\*innen und Terrorist\*innen. Die Regierungsaktionen waren willkürlich und widersprachen einem rechtskonformen Verfahren. Die Durchsuchungen fanden ohne richterlichen Beschluss statt. Auch die Konfiszierungen bewegten sich außerhalb des rechtlichen Rahmens.<sup>6</sup> Im selben Monat und noch bevor die GIEI ihren vielbeachteten Bericht herausgeben konnte, verwies die Diktatur Arbeitsgruppen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission des Landes.

Im Februar 2019 wurde ein zweiter Anlauf eines Nationalen Dialogs mit Gesprächen zwischen Ortega und Abgesandten des US-Außenministeriums gestartet. Ortega akzeptierte nur die nicaraguanischen Bankiers als Organisatoren der neuen Verhandlungsphase, die damit deutlich unter Federführung des Großkapitals stand. Auch der zweite Dialog scheiterte, dieses Mal nach 35 Tagen. Alle Vereinbarungen wurden von der Regierung gebrochen. Ein Teil der politischen Häftlinge, die des «Terrorismus» und «versuchten Staatsstreiches» sowie ähnlicher Delikte angeklagt worden waren, kam zwar frei, aber nicht als Ergebnis des Dialogs, sondern aufgrund eines vom Regime verabschiedeten Amnestiegesetzes. Das Gesetz diente in erster Linie dazu, Paramilitärs und Polizei zu schützen und Straffreiheit zu garantieren. Von ihnen wurde nicht ein einziges Mitglied vor Gericht gestellt. Dabei hatten sie laut GIEI «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» begangen (GIEI 2018: 228).

## DIE AKTEURE VON APRIL 2018 BIS HEUTE

Die Bürgerrevolte war anfänglich von *jungen Student\*innen* bestimmt. Danach schlossen sich *Anwohner\*innen und Jugendliche* aus den Stadt- und Dorfsiedlungen (*barrios*) dem Protest an und errichteten im ganzen Land Barrikaden. Die *Bauernschaft*, insbesondere die Teile, die sich bereits in der Bewegung gegen das interozeanische Kanalprojekt engagiert hatten, baute wirksame *tranques* in den ländlichen Gebieten. Francisca Ramírez, eine der Anführer\*innen, zog von Straßensperre zu Straßensperre, sprach den Menschen Mut zu und versuchte, die Organisationsbereitschaft unter ihnen zu stärken.

Entsetzt über das Ausmaß und die Unvorhersehbarkeit der Verbrechen ihres Verbündeten brachen die vor allem im Obersten Rat für Privatunternehmen (COSEP) und der Amerikanisch-Nicaraguanischen Handelskammer (AMCHAM) zusammengeschlossenen *Großunternehmer\*innen* mit dem «Dialog- und Konsensmodell», das sie mit Ortega vereinbart hatten (Salinas 2018). Gleichzeitig reagierten sie zurückhaltend auf den Aufstand und seine Radikalität. Sie hatten Angst, die Kontrolle zu verlieren, und sahen ihre wirtschaftlichen Interessen gefährdet.

---

<sup>6</sup> Die betroffenen NGOs und Medien reichten unter anderem Verfassungsbeschwerden, einstweilige Verfügungen und Klagen gegen die Polizei ein. Über diese müsste bereits seit Monaten entschieden sein, stattdessen sind sie samt und sonders beim Obersten Gerichtshof und der Staatsanwaltschaft auf Eis gelegt worden. Ebenso sind internationale Klagen vor dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte angestrengt worden.



Die *Bischöfskonferenz* organisierte den ersten Nationalen Dialog. Sie wählte die Mitglieder der oppositionellen Gesprächspartner\*innen nach ihren Bewertungskriterien aus. Diese Opposition formierte sich in der bereits erwähnten Bürgerallianz für Gerechtigkeit und Demokratie (ACJD). Beim zweiten Nationalen Dialog zog sich die katholische Kirche angesichts der zentralen Rolle, die Ortega dem Bankensektor zukommen ließ, aus den Verhandlungen zurück. An die Stelle der Bischofskonferenz trat der pragmatische Vertreter des Vatikans, der Apostolische Nuntius Waldemar Stanislaw Sommertag (Chamorro Mendieta 2019). Auch wenn die Kirche nicht mehr als vermittelnde Instanz aktiv ist, erheben weiterhin viele Priester in ihren Predigten ihre Stimme gegen das Regime. Die Kirchen sind zu einem wichtigen Ort des Widerstands geworden.

Die *Bürgerallianz für Gerechtigkeit und Demokratie (ACJD)* bestand von Beginn an aus Vertreter\*innen der studentischen Gruppen, die sich ab April 2018 gegründet hatten, einigen Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft, einem Mitglied der Kleinbauernbewegung und vor allem Repräsentant\*innen des Unternehmersektors. Der aktuelle Geschäftsführer der ACJD ist Juan Sebastián Chamorro. Zu Beginn des sozialen Aufstands leitete er die Nicaraguanische Stiftung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (FUNIDES). Diese gilt als Thinktank der organisierten Unternehmerschaft. Die Zusammensetzung der Bürgerallianz und die politische Rolle des Großkapitals sind das Ergebnis der vom Gespann Ortega-Murillo geförderten Struktur, des niedrigen Organisationsgrads und der Zersplitterung der sozialen Kräfte – die direkt auf die ständige Repression zurückzuführen ist – sowie des «selbstorganisierten» Charakters des Aufstandes.

Die *Koordination der Sozialen Bewegungen (AMS)* entstand inmitten der Rebellion, um die Aktionen der Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft zu koordinieren und die über das Land verteilten Straßensperren von Studierenden und Anwohner\*innen aufeinander abzustimmen. Der AMS gelang es, einen «Demokratisierungsplan» zu erarbeiten, der von der Notwendigkeit ausging, als erstes das Präsidentenehepaar aus der Regierung zu entfernen – sei es durch freiwilligen Rücktritt oder Druck. Danach sollte der Weg für eine Verfassungsgebende Versammlung geebnet werden. Sie verlangte vom COSEP den Aufruf zu einem unbefristeten Generalstreik, um den Einsatz der Menschen an den Barrikaden zu stärken und so das Regime in die Enge zu treiben. Doch in der ersten Dialogphase gingen COSEP und ACJD nicht über die Forderung vorgezogener Wahlen als Ausweg aus der Krise hinaus.

Die am 4. Oktober 2018 gegründete *Blau-Weiße Nationale Einheit (UNAB)* entstand als Vermittlungsinstanz zwischen ACJD und AMS. Ihr schlossen sich landesweit mehr als 90 Organisationen und politische Kräfte an. Die UNAB gab den Bürger\*innen die Hoffnung, die offensichtliche Zersplitterung der Akteure zu überwinden, um eine gemeinsame Strategie in der neuen Widerstandsphase zu ermöglichen.

Angesichts oft lokal angeführter Rebellionen und der erwähnten landesweiten Zersplitterung war es notwendig, dem Kampf national, aber auch international ein Gesicht zu geben. Die Umstände wiesen diese Rolle der Bürgerallianz (ACJD) zu, aktuell auch der UNAB. Aber bei den Demonstrationen und allen anderen Protestaktionen gab es weder Rednerpodeste noch nationale Anführer\*innen. Zu den großen Mobilisierungen 2018 riefen die Opfer der Repression auf. Ein Beispiel ist die Demonstration vom 30. Mai 2018, die von der kurz zuvor ins Leben gerufenen Vereinigung der Aprilmütter (AMA) organisiert wurde.

Die Erwartung der Protestierenden an *das Militär* bestand darin, dass es seine verfassungsmäßigen Pflichten erfüllen würde: Es sollte die per Verfassung ausdrücklich verbotenen Paramilitärs, die die Bevölkerung terrorisierten, entwaffnen und den Regierungschef dazu drängen, die Polizei nicht auf die protestierenden Bürger\*innen schießen zu lassen. Doch wie sich herausstellte, tat die Armeeführung das Gegenteil. Sie schwenkte auf die Linie der Diktatur ein und schwieg angesichts der Massaker und der Präsenz der paramilitärischen Gruppen. Außerdem stellte sie ihr geheimdienstliches Wissen für die Ausarbeitung der Repressionspläne zur Verfügung (Cajina 2018).

Die *politischen Parteien* hatten während der Geschehnisse im April 2018 keinerlei Relevanz. Ihre Führungen wurden von der breiten Bevölkerung als Kollaborateure der Regierung angesehen. Im nicaraguanischen Jargon heißen sie «Blutsauger». Dies gilt vor allem für die im Parlament vertretenen Parteien wie die untrennbar mit Ex-Präsident Arnaldo Alemán verbundene PLC und die Konservative Partei (PC). Die Mehrheit dieser parteipolitischen Kräfte verortet sich selbst rechts. Dennoch nahm ihre Basis, besonders die der PLC, an den *tranques* und Demonstrationen teil. Auch Teile der FSLN-Basis verließen ihre Partei und schlossen sich der Rebellion an. Ein ganz junger Akteur ist die am 25. Februar 2020 gegründete *Nationale Koalition*. Sie umfasst die UNAB, die ACJD, einen Teil der Kleinbauernbewegung und mehrere politische Parteien mit und ohne Präsenz im Parlament: die PLC, die Bürger\*innen für die Freiheit (CxL), die indigene Partei YATAMA, die Partei der Demokratischen Restauration (PRD) und die Bewegung Demokratische Kraft (FDN). Die Koalition versucht, der Opposition ein einheitliches Gesicht zu geben. Allerdings handelt es sich bisher um ein noch nicht eingelöstes Vorhaben.

Im Februar 2017 war bereits eine Absichtserklärung zwischen der *Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)* und Nicaragua unterschrieben worden, um unter anderem das Wahlrecht zu ändern. *US-amerikanische Abgeordnete* setzten sich ihrerseits für ein Gesetz ein (Nica Act), das Sanktionen gegen Nicaragua ermöglichen soll-

te und 2018 in das Magnitsky-Gesetz (Magnitsky Nica Act) mündete. Letzteres führte zu direkten Sanktionen gegen eine ganze Reihe von Einzelpersonen, die aus dem nahen Umfeld Ortegas stammen – darunter Rosario Murillo, einige von Ortegas Söhnen und der Polizeichef Francisco Díaz (Estrada Galo 2019). Jüngst wurden die Sanktionen auf die gesamte Polizei als Institution ausgeweitet. Die vernichtenden Berichte der CIDH, des Büros des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, von Amnesty International und anderen Einrichtungen brachten die OAS dazu, mehrere Resolutionen zu verabschieden, die das Vorgehen der Regierung verurteilen. Die OAS installierte eine Arbeitsgruppe und eine Hochrangige Kommission. In beiden Fällen weigerte sich die Regierung Nicaraguas, diese Einrichtungen anzuerkennen und ihre Repräsentant\*innen zu empfangen. Aus Sicht der nicaraguanischen Bevölkerung haben die Sanktionen trotz ihrer Auswirkungen das Verhalten der Regierung Ortega-Murillo nicht verändert. Die OAS steht als «Papiertiger» da. Die widerständischen nicaraguanischen Kräfte würden sich ein streitbareres und effizienteres Vorgehen der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Europäischen Union, wünschen.

Der linke Teil der «Blau-Weißen», wie die demokratische Opposition genannt wird, besteht dagegen nachdrücklich darauf, dass die Nicaraguaner\*innen die Situation selbst lösen müssen, und verweist auf die unseligen historischen Resultate des US-amerikanischen Einflusses auf das Land. Der interventionistische Diskurs von Trump und seinem Umfeld auf internationaler Ebene erscheint für diejenigen, die die imperiale Politik am eigenen Leib erfahren haben, widerwärtig. Ortega kommt dieser Diskurs jedoch gelegen. Er benutzt ihn, um seine Erzählung von Staatsstreich und imperialistischer Einmischung zu untermauern. Doch abgesehen von aller Rhetorik sorgt sich die US-Regierung vor allem um die Regierungsfähigkeit Ortegas und um die Stabilität in der Region. Letztere ist nun durch die Krise bedroht, die Ortega mit seinen Verbrechen und seinem Autoritarismus heraufbeschworen hat.

## DER SANDINISMUS UND NICARAGUAS LINKE

Die Regierung Ortegas präsentiert sich als Nachfolgerin der Revolution der 1980er Jahre, als Teil der Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA) sowie als Verfechterin eines «christlichen, sozialistischen und solidarischen» Handelns. Für den größten Teil der Bevölkerung, egal ob die Menschen für oder gegen die gegenwärtige Regierung sind, ist diese untrennbar mit ihrer linken Geschichte verknüpft. Das gilt, obwohl ganz unterschiedliche Sektoren des Sandinismus die private Aneignung der FSLN durch Ortega und die Perversionen der Ortega-Linie seit mehr als 20 Jahren kritisieren.

Wie bereits erwähnt, versucht das Regime Ortega-Murillo, die 2018 begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Antwort auf «einen gescheiterten, von der Rechten in Komplizenschaft mit dem Imperialismus betriebenen Putsch» zu rechtfertigen (El Comercio 2018). Leider folgen die Parteien des Forums von São Paulo mit der ehrenvollen Ausnahme des Breiten Bündnis (Frente Amplio) Costa Ricas weiterhin dem Narrativ von Ortega, das die Massaker, die Verhaftungen Hunderter Menschen, die Vergewaltigungen von weiblichen Häftlingen und Repressionen gegen die Aufständischen verteidigt.

Dennoch verurteilen namhafte linke Intellektuelle die Repression und solidarisieren sich mit dem widerständigen Volk. «Es gibt keinen schlimmeren Betrug als die politische Veruntreuung der Hoffnung der Völker. Es gibt keine schlimmere Plünderung als diejenige, die die rebellischen Energien für eine bessere Welt raubt. Es gibt keinen schlimmeren Imperialismus als den internen Kolonialismus, der unter dem Gewand der antiimperialen Rhetorik zur unterdrückerischen Gewalt wird.» (Rimay Pampa 2018)

Ähnlich liest sich auch ein in der spanischen Zeitschrift *Viento Sur* erschienener offener Brief: «Die nicaraguanische Frage ist keine politische Anekdote. Sie ist ein Grundpfeiler, auf dem es gilt, unsere Verpflichtung gegenüber so elementaren Werten wie Demokratie, Menschenrechte und Schutz des Planeten zu beweisen. Eine Linke, die nicht in der Lage ist, die Realität auf diese Weise zu lesen und die angesichts der Wahrheit der rhetorischen Loyalität gegenüber einem korrumpierten Kürzel [FSLN] und dem Kastengeist den Vorrang gibt, hat nicht die geringste Autorität, Vorschläge zu unterbreiten.» (Viento Sur 2018)

Die Toten und die Repression haben auch die antisandinistische Stimmung verschärft und die Abneigung gegen die Revolution der 1980er Jahre zum Ausdruck gebracht. So wird die Ablehnung der Ortega-Linie auf den gesamten Sandinismus übertragen. Ortega ist an dieser Verallgemeinerung durchaus interessiert, denn sie begünstigt den Zusammenhalt des ihn unterstützenden harten Kerns, schwächt diejenigen Sandinist\*innen, die sich von ihm abgewendet haben, und lässt einem Teil seiner alten Basis keine Wahl.

Unter diesen Bedingungen gibt es aktuell keine Organisation in Nicaragua, die sich selbst als antikapitalistische Linke definiert. Dennoch sind die Ideen der Linken sehr präsent. Sie zeigen sich vor allem in den Kämpfen für Menschenrechte, Frauenrechte und in der Forderung nach einem säkularen Staat. Die Linke beteiligt sich an der Verteidigung der Umwelt, sie lehnt den Extraktivismus ab und kritisiert die Konzentration des Reichtums.

Sie setzt sich für das Recht der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern auf ihr Land und das Recht der indigenen und afrikanischstämmigen Bevölkerung auf ihr Territorium, ihre Sprachen und Gebräuche ein.

Die Ideale der Linken finden ihren Ausdruck in der Kritik an den multinationalen Konzernen, der Kritik an der Privatisierung des Gesundheitswesens, in der Forderung nach mehr Mitteln für die Bildung und weniger Ausgaben für das Militär. Linke kritisieren lautstark die enge Verbindung zwischen Ortega und den Großunternehmer\*innen, die zu einem Gesetzeswirrwarr geführt hat, der schwer zu entflechten sein wird – ganz egal, wer die nächste Regierung stellt. Die linken nicaraguanischen Kräfte solidarisieren sich mit den Kämpfen anderer Völker, dem chilenischen, dem honduranischen oder dem palästinensischen Volk. Und die nicaraguanische Linke ist standfest in ihrer Forderung nach Gerechtigkeit für die Ermordeten und Opfer des Ortega-Regimes.

All diese Forderungen sind in der politischen Debatte gegenwärtig. Sie werden von der nicaraguanischen Linken weiterverfolgt, auch wenn diese nicht formal in einer politischen Partei oder einer klar definierten politischen Kraft repräsentiert ist.

## SCHLUSSBEMERKUNG

Wenn wir den Aprilaufstand bewerten wollen, dann müssen wir uns zuerst eingestehen, dass die Volksrebellion die Diktatur nicht besiegen konnte. Der friedliche Volksaufstand verschiedener Gesellschaftsschichten, die einzig mit blau-weißen Nationalflaggen bewaffnet waren, wurde auf dramatische Weise niedergeschlagen. Das Regime hat die Spielräume noch weiter eingeschränkt und die Repression erhöht. Es zeigt keinerlei Absicht, das Land zu demokratisieren.

Immer noch sind über 70 politische Häftlinge in den Gefängnissen. Mehr als 100.000 Nicaraguaner\*innen befinden sich im Exil. Das gesamte Land lebt de facto im Ausnahmezustand. Das macht es enorm schwierig, die Straßen als politischen Raum zurückzugewinnen. Gleichzeitig wollen die konservativeren Gesellschaftssektoren ihre Kapitalinteressen nicht gefährden. Die Rettung der Wirtschaft ist das Wichtigste, Menschenrechte können warten. Deshalb drängen der COSEP und die politischen Parteien auf eine «realistische Lösung»: die Durchführung von Wahlen im November 2021. Argumentiert wird mit der wirtschaftlichen Rezession: 2018 schrumpfte die Wirtschaft um 3,8 Prozent, 2019 um 5,1 Prozent und auch für das Jahr 2020 wird mit einem weiteren Rückgang der Wirtschaft gerechnet. Bankiers, Großkapital und die Gruppe um Ortega, die heute selbst zur Nomenklatur der Reichen gehört, sind sich darin einig, dass zuerst die Wirtschaft wieder wachsen muss. Die im April 2018 von den Bürger\*innen geforderten Transformationen treten angesichts dieser Agenda in den Hintergrund.

Mit einer Zivilbevölkerung im Ausnahmezustand ist die Durchführung von Wahlen mit Ortega an der Macht – und sogar als Kandidat – durchaus denkbar. Eine Kampagne unter diesen Voraussetzungen ohne wirkliche Freiheiten und Garantien stellt das schlimmste der möglichen Szenarien dar. Ortega spielt auf Zeit. Er verfolgt kosmetische Reformen, um sich an der Macht zu halten. Wenn nicht als Regierungschef, dann mit ausreichender Stärke im Parlament und mit seinen treu ergebenen Verbündeten in den Streitkräften, der Polizei, der Justiz und anderen staatlichen Institutionen. Sein Ziel besteht darin, sich zu einem unverzichtbaren Akteur zu machen, unabhängig von den konkreten zukünftigen Entwicklungen und Verhandlungspartnern.

Neuwahlen sind jedoch nicht per se schlecht. Mit freigelassenen politischen Häftlingen, der Bevölkerung auf den Straßen und den Volksorganisationen als Akteure könnte es ein positiveres Szenario geben: vorgezogene Wahlen, denen tief greifende Wahlreformen, eine neu besetzte Oberste Wahlbehörde, neues Personal im gesamten Wahlapparat sowie die Bereinigung des Wählerverzeichnisses vorausgehen. Es müsste die Möglichkeit geschaffen werden, mit unabhängigen Wahlbündnissen anzutreten, die nicht den legal zugelassenen Parteien untergeordnet sein müssen (eine zwischen Ortega und Alemán vorgenommene Einschränkung). Des Weiteren müssten internationale Wahlbeobachtungsteams zugelassen werden. Aber damit würde sich Ortega selbst das Wasser abgraben und Diktaturen stürzen sich nicht selbst!

Eine weitere Möglichkeit ist die des erneuten Aufstandes, der Ortega die Macht entreißt und die Spielräume für einen demokratischen Übergang schafft. Der Regierung ist dies bewusst. Darum hat sie die Zahl der Polizist\*innen und das Budget für den staatlichen Repressionsapparat erhöht. Dieses radikale Szenario ist legitim, weil es auf dem Recht eines unterdrückten Volkes auf Rebellion basiert, und es gibt genügend Argumente, die untermauern, dass ein Aufstand nicht mit einem Putsch gleichzusetzen ist (Baltodano 2018).

Last but not least gibt es natürlich auch die Möglichkeit, dass die traditionelle Rechte Nicaraguas – also Banker\*innen, Unternehmer\*innen, Großgrundbesitzer\*innen sowie weitere bis 2018 mit Ortega verbündete politische Akteure mit Unterstützung reaktionärer Kräfte in den USA – mit dem Militär paktiert, um die Wahl für sich zu entscheiden.

Es ist die dringende Aufgabe der Volksbewegung, ein möglichst breites Bündnis gegen die Diktatur zu schmieden, einen auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichteten Aktionsplan zu entwickeln und so den Widerstand zu organisieren. Es ist unwichtig, ob sie innerhalb der Struktur der «Nationalen Koalition» in der Minderheit ist. Wesentlich ist, die volksnahen Sektoren zu organisieren und zu mobilisieren, um die Forderungen der aufständischen Aktivist\*innen und der seit April 2018 ermordeten Held\*innen auf der Straße weiterhin zu verteidigen und aufrechtzuerhalten. Nur das Volk kann das Volk retten.

*Aus dem Spanischen von Gerold Schmidt*

## LITERATUR

- Aguilar, Alejandro (2014): Novena Reforma Constitucional 2014: El cambio de las reglas del juego democrático en Nicaragua, Managua.
- Amnesty International (2009): La prohibición total del aborto en Nicaragua: la vida y la salud de las mujeres en peligro; los profesionales de la medicina, criminalizados, Madrid.
- Baltodano, Mónica (2009): Sandinismo, Pactos, Democracia y Cambios Revolucionarios: Contribuciones al Pensamiento Político de la Izquierda Nicaragüense, Managua.
- Baltodano, Mónica (2014): ¿Qué régimen es éste? ¿Qué mutaciones ha experimentado el FSLN hasta llegar a lo que es hoy?, Envío 382, unter: [www.envio.org.ni/articulo/4792](http://www.envio.org.ni/articulo/4792).
- Baltodano, Mónica (2018): Sublevación no es golpismo, Confidencial, 13.8.2018, unter: <https://confidencial.com.ni/sublevacion-no-es-golpismo/>.
- Cajina, Roberto (2016): Armados con motivos políticos: una tragedia que se repite, Envío 413, unter: [www.envio.org.ni/articulo/5222](http://www.envio.org.ni/articulo/5222).
- Cajina, Roberto (2018): Ejército de Nicaragua: ¿espectador o cómplice?, Envío 440, unter: [www.envio.org.ni/articulo/5552](http://www.envio.org.ni/articulo/5552).
- Cerda, Arlen (2016): El golpe final al pluralismo, Confidencial, 29.7.2016, unter: <https://confidencial.com.ni/el-golpe-final-al-pluralismo/>.
- Chamorro Mendieta, Emiliano (2019): Daniel Ortega reabre Diálogo Nacional, La Prensa, 16.2.2019, unter: [www.laprensa.com.ni/2019/02/16/politica/2525065-gobierno-de-daniel-ortega-reabre-dialogo-nacional](http://www.laprensa.com.ni/2019/02/16/politica/2525065-gobierno-de-daniel-ortega-reabre-dialogo-nacional).
- Confidencial (2019a): «Hay un patrón de ejecuciones en las zonas rurales», Confidencial, 24.7.2019, unter: <https://confidencial.com.ni/hay-un-patron-de-ejecuciones-en-zonas-rurales/>.
- Confidencial (2019b): «Muchos colonos que invaden tierras indígenas son exmilitares», Confidencial, 17.8.2019, unter: <https://confidencial.com.ni/muchos-colonos-que-invaden-tierras-indigenas-son-exmilitares/>.
- Córdoba, Matilde (2018): Represión en Nicaragua: grupos de choque del gobierno de Daniel Ortega golpearon a manifestantes y periodistas en una protesta contra la baja de las jubilaciones, Infobae, 19.4.2018, unter: [www.infobae.com/america/america-latina/2018/04/19/represion-en-nicaragua-grupos-de-choque-del-gobierno-de-daniel-ortega-golpearon-a-manifestantes-y-periodistas-en-una-protesta-contrala-baja-de-las-jubilaciones/](http://www.infobae.com/america/america-latina/2018/04/19/represion-en-nicaragua-grupos-de-choque-del-gobierno-de-daniel-ortega-golpearon-a-manifestantes-y-periodistas-en-una-protesta-contrala-baja-de-las-jubilaciones/).
- Cruz, Eduardo (2016): Los muertos de Ciudad Antigua presentaban señales de tortura, La Prensa, 8.11.2016, unter: [www.laprensa.com.ni/2016/11/08/politica/2131414-los-muertos-de-ciudad-antigua-presentaban-senales-de-tortura](http://www.laprensa.com.ni/2016/11/08/politica/2131414-los-muertos-de-ciudad-antigua-presentaban-senales-de-tortura).
- Desinformémonos (2015): «Marcha a pie por la liberación de ex cañeros enfermos en Nicaragua», 7.11.2015, unter: <https://desinformemonos.org/marcha-a-pie-por-la-liberacion-de-ex-cañeros-enfermos-en-nicaragua/>.
- Despacho 505 (2019): «Confidencial y 100 % Noticias cumplen un año ocupados, pero régimen no logra silenciarlos», 16.12.2019, unter: [www.despacho505.com/confidencial-y-100-noticias-cumplen-un-ano-ocupados-pero-regimen-no-logra-silenciarlos/](http://www.despacho505.com/confidencial-y-100-noticias-cumplen-un-ano-ocupados-pero-regimen-no-logra-silenciarlos/).
- EFE (2018): La ONG ANPDH eleva a 512 el número de muertos por la crisis en Nicaragua, Deutsche Welle, 24.9.2018, unter: [www.dw.com/es/la-ong-anpdh-eleva-a-512-el-número-de-muertos-en-nicaragua/a-45620566](http://www.dw.com/es/la-ong-anpdh-eleva-a-512-el-número-de-muertos-en-nicaragua/a-45620566).
- El Comercio (2018): Gobierno de Nicaragua acusa a oposición de buscar golpe de Estado, 27.6.2018, unter: [www.elcomercio.com/actualidad/gobierno-nicaragua-oposicion-golpedeestado-cidh.html](http://www.elcomercio.com/actualidad/gobierno-nicaragua-oposicion-golpedeestado-cidh.html).
- El País (2008): La oposición de Nicaragua marcha contra el fraude, El País, 16.11.2008, unter: [https://elpais.com/internacional/2008/11/17/actualidad/1226876402\\_850215.html](https://elpais.com/internacional/2008/11/17/actualidad/1226876402_850215.html).

- Equipo regional de monitoreo y análisis de Derechos Humanos en Centroamérica (2017): Informe sobre Derechos Humanos y Conflictividad en Centroamérica 2015–2016, unter: [www.comcavis.org.sv/archivos/categorizados/113.pdf?1578303466](http://www.comcavis.org.sv/archivos/categorizados/113.pdf?1578303466).
- Estrada Galo, Julio (2019): ¿Cuáles han sido las consecuencias de las sanciones de Estados Unidos para los 11 funcionarios orteguistas señalados de corrupción y violaciones a los derechos humanos?, La Prensa, 26.6.2019, unter: [www.laprensa.com.ni/2019/07/26/politica/2573258-cuales-han-sido-las-consecuencias-de-las-sanciones-de-estados-unidos-para-los-11-funcionarios-orteguistas-senalado-de-corrupcion-y-violaciones-a-los-derechos-humanos](http://www.laprensa.com.ni/2019/07/26/politica/2573258-cuales-han-sido-las-consecuencias-de-las-sanciones-de-estados-unidos-para-los-11-funcionarios-orteguistas-senalado-de-corrupcion-y-violaciones-a-los-derechos-humanos).
- Feinberg, Richard E./Miranda, Beatriz A. (2019): La Tragedia Nicaragüense: del Consenso a la Coerción, Washington.
- Fonesca, Roberto (2018): Nicaragua: El 70 % de la población demanda la renuncia de Ortega, Estrategia y Negocios, 11.6.2018, unter: [www.estrategiaynegocios.net/lasclavesdeldia/1186398-330/nicaragua-el-70-de-la-poblacion-demanda-la-renuncia-de-ortega](http://www.estrategiaynegocios.net/lasclavesdeldia/1186398-330/nicaragua-el-70-de-la-poblacion-demanda-la-renuncia-de-ortega).
- GIEI – Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes (2018): Informe sobre los hechos de violencia ocurridos entre el 18 de abril y el 30 de mayo en Nicaragua, unter: [www.gieinicaragua.org](http://www.gieinicaragua.org).
- Icaza, Julio (2016): Fin del Estado de derecho: principales reformas constitucionales y legislativas, in: Jarquín, Edmundo (Hrsg.): El régimen de Ortega: ¿Una nueva dictadura familiar en el continente?, Managua.
- Jarquín, Edmundo (2016): Construcción Democrática Revertida y Pervertida, in: ders. (Hrsg.): El régimen de Ortega: ¿Una nueva dictadura familiar en el continente?, Managua.
- Manetto, F. (2018): Ortega redobla el asedio al periodismo independiente en Nicaragua, El País, 17.12.2018, unter: [https://elpais.com/internacional/2018/12/16/actualidad/1544995862\\_750847.html](https://elpais.com/internacional/2018/12/16/actualidad/1544995862_750847.html).
- Medina Sánchez, Fabián (2018): El Preso 198. Un perfil de Daniel Ortega, Managua.
- Medina, Fabián (2011): La desgracia llegó a El Carrizo, La Prensa, 20.11.2011, unter: [www.laprensa.com.ni/2011/11/20/nacionales/81247-la-desgracia-llego-a-el-carrizo](http://www.laprensa.com.ni/2011/11/20/nacionales/81247-la-desgracia-llego-a-el-carrizo).
- MESENI – Mecanismo Especial de Seguimiento para Nicaragua (2019): Situación de los Derechos Humanos En Nicaragua, Boletín Julio 2019.
- Miranda Aburto, Wilfredo (2017): El ataque a #OcupalNSS paso a paso, Confidencial, 22.6.2017, unter: <https://confidencial.com.ni/asalto-ocupa-inss-paso-paso/>.
- Miranda Aburto, Wilfredo (2018): ¡Disparaban con precisión: a matar!, Confidencial, 1.6.2018, unter: <https://confidencial.com.ni/42701-2disparaban-con-precision-a-matar/>.
- Noticias de Bluefields (2019): «Gobiernos paralelos, la estrategia del Orteguismo para obstruir los procesos de demarcación territorial», Facebook, 16.7.2019.
- Nuñez, Leticia (2018): Los hijos de Daniel Ortega tienen el monopolio de la televisión en Nicaragua, Alnavío, 29.4.2018, unter: <https://alnavio.com/noticia/13551/actualidad/los-hijos-de-daniel-ortega-tienen-el-monopolio-de-la-television-en-nicaragua.html>.
- Onda Local (2018): Ejército de Nicaragua declara zona de seguridad en Reserva Indio Maíz, Onda Local, 11.4.2018, unter: <https://ondalocal.com.ni/noticias/354-ejercito-de-nicaragua-declara-zona-de-seguridad-en-reserva-indio-maiz/>.
- Peraza, José Antonio (2016): Colapso del sistema electoral, in: Jarquín, Edmundo (Hrsg.): El régimen de Ortega: ¿Una nueva dictadura familiar en el continente?, Managua.
- Prado, Silvio (2017): Auge y declive de la autonomía política municipal en Nicaragua, Granada.
- Rimay Pampa (2018): Nicaragua: Intelectuales de América y Europa condenan la dictadura de Ortega y su esposa, unter: <https://rimaypampa.com/nicaragua-intelectuales-de-america-y/>.
- Rivera, Brooklyn (2016): Colonos: saqueo y despojo en Nicaragua, Intercontinental Cry Organization, 20.5.2016, unter: <https://intercontinentalcry.org/colonos-saqueo-y-despojo-en-nicaragua/>.
- Romero, Elizabeth (2017): Madre de niños de masacre en La Cruz del Río Grande reclama cadáveres al Ejército, La Prensa, 23.11.2017, unter: [www.laprensa.com.ni/2017/11/23/nacionales/2335482-madre-ninos-masacre-la-cruz-del-rio-grande-reclama-cadaveres-al-ejercito-nicaragua](http://www.laprensa.com.ni/2017/11/23/nacionales/2335482-madre-ninos-masacre-la-cruz-del-rio-grande-reclama-cadaveres-al-ejercito-nicaragua).
- Romero, Elizabeth (2018): Daniel Ortega quiere «matar» las protestas en su contra, La Prensa, 28.9.2018, unter: [www.laprensa.com.ni/2018/09/28/nacionales/2478918-policia-orteguista-declara-ilegales-las-manifestaciones-en-contra-del-dictador-daniel-ortega](http://www.laprensa.com.ni/2018/09/28/nacionales/2478918-policia-orteguista-declara-ilegales-las-manifestaciones-en-contra-del-dictador-daniel-ortega).
- Romero, Keyling T. (2017): Los canales de televisión de la familia Ortega-Murillo, La Prensa, 29.10.2017, unter: [www.laprensa.com.ni/2017/10/29/suplemento/la-prensa-domingo/2321755-los-canales-la-familia-ortega-murillo](http://www.laprensa.com.ni/2017/10/29/suplemento/la-prensa-domingo/2321755-los-canales-la-familia-ortega-murillo).
- Salazar, Maynor (2018): Régimen cancela y asalta a ONG, Confidencial, 14.12.2018, unter: <https://confidencial.com.ni/regimen-cancela-y-asalta-a-ong/>.

- Salinas, Carlos (2018): La patronal de Nicaragua rompe con Ortega, El País, 30.5.2018, unter: [https://elpais.com/internacional/2018/05/30/america/1527694935\\_767705.html](https://elpais.com/internacional/2018/05/30/america/1527694935_767705.html).
- Transparency International (2004): Informe Global de La Corrupción 2004: Corrupción Política, Buenos Aires.
- Treminio, Ilka (2015): Llegaron para quedarse. Los procesos de reforma a la reelección presidencial en América Latina, in: Revista de Ciencia Política 3/2015, S. 537–558.
- Viento Sur (2018): Nicaragua y la responsabilidad de la izquierda, 7.9.2018, unter: [www.vientosur.info/IMG/pdf/nicaragua\\_y\\_la\\_responsabilidad\\_de\\_la\\_izquierda\\_7-09-2018\\_.pdf](http://www.vientosur.info/IMG/pdf/nicaragua_y_la_responsabilidad_de_la_izquierda_7-09-2018_.pdf).
- Villavicencio, Franklin (2018): La lucha por la autonomía universitaria 60 años después, Niú, 28.5.2018, unter: <https://niu.com.ni/la-lucha-por-la-autonomia-universitaria-60-anos-despues/>.
- Yahoo (2014): Entierran a cañero muerto por la policía, 20.1.2014.